

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Erhält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 33 327 Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Er erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage Bezugspreis (in RM.) halbmönatlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Osttrau, Porchdorf, Postelwitz, Prossen, Rathmannsdorf, Reinhardtendorf, Schmilla, Schönau, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gestaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Kellamezeile 80 Pfg. Labelarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“

Wichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisförmung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 41

Bad Schandau, Dienstag, den 18. Februar 1930

74. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident wegen eines beschimpfenden Artikels in der „Berliner Arbeiter-Zeitung“ gegen den Reichstagsabgeordneten Georg Straßer Strafantrag wegen Beleidigung gestellt.

* Die Staatsanwaltschaft in Jüterburg hat gegen das am Sonnabend verkündete Urteil im Pleischlantzprozess Berufung eingelegt, so daß die Möglichkeit besteht, daß der ganze Prozess noch einmal vor dem Reichsgericht in Leipzig aufgerollt wird.

* In der namentlichen Abstimmung über die vom Finanzminister Chéron in der französischen Kammer gestellte Vertrauensfrage bezüglich der Abtrennung eines Artikels vom gesamten Finanzgesetz blieb die Regierung mit 281 gegen 286 Stimmen in der Minderheit. Die französische Regierung ist nach der zu ihren Ungunsten ausgefallenen Abstimmung in der Kammer zurückgetreten.

* Am Dienstag wird Ministerpräsident Ciaptšew mit der gesamten bulgarischen Regierung zurücktreten. Wie verlautet, wird die Regierungskrise nur kurze Zeit anhalten und Ciaptšew wieder mit der Neubildung des Kabinetts betraut werden.

„Werden wir die Saar verlieren?“

Französische Befürchtungen und ihre Begründung.
Von Dr. Ernst Koloff.

Von der Saar nichts Neues. Die bisher gepflogenen Verhandlungen konnten bei der Divergenz der Standpunkte Deutschlands und Frankreichs keine nennenswerten Ergebnisse zeitigen. So ähnlich lauteten die offiziellen Berichte über den schleppenden Gang dieser Verhandlungen. Der Rest ist vorläufig Schweigen.

Wir können auf die Rückgliederung des Saargebietes so lange hoffen, als wir nicht der Suggestion einer übereilten Um jeden Preis-Lösung erliegen, einer Gefahr, die im Laufe der letzten Jahre mehr als einmal in bedrohliche Nähe deutscher Verständigungspolitik gerückt zu sein schien. Für uns arbeitet glücklicherweise bis zum endgültigen Abstimmungstage der Saarbevölkerung, dem 11. Januar 1935, die Zeit. Wobei allerdings nicht außer acht gelassen werden darf, daß gemäß dem Versailler Vertrag die endgültige Entscheidung „unter Berücksichtigung des durch die Volksabstimmung ausgedrückten Wunsches darüber, unter welcher Souveränität das Gebiet zu stellen ist“, beim Völkerverbunde liegt.

Unter dem Titel „Perdons-nous la Sarre?“ hat nun kürzlich ein Franzose namens Jean Revire in Paris eine Studie veröffentlicht, die dem gegenwärtigen Stande des Saarproblems Rechnung trägt und auch in Deutschland Beachtung verdient. Revire gibt darin allen Besorgnissen Ausdruck, die nicht nur die französische Regierung, sondern auch ein großer Teil der Öffentlichkeit Frankreichs betreffs des Ausgangs des Ringens um die Saar hegt. Und wenn sich diese Studie wie ein die Leidenschaften aufwühlendes Drama für Franzosen liest, wie ein großes Pariser Blatt hervorhob, so muß sie schon manches enthalten, was der französischen Volksstimmung in besonderem Maße entspricht. Für Frankreich ist der bisherige Verlauf des Saarabenteuers noch immer eine Kette halberfüllter Hoffnungen, ein politisches Drama und zwar das der „Sabotage eines großen nationalen Interesses“.

Für Frankreich ist — was Revire nachdrücklich betont — die Saar mehr als eine Handvoll wertvoller Kohlengruben, nämlich über ihre hohe wirtschaftliche Bedeutung hinaus „eine strategische Stellung ersten Ranges, die, je nachdem diese von Deutschland oder Frankreich gehalten wird, den Frieden bedroht bzw. gewährleistet“. Wem wird sich im Ringen um die Saar die Palme des Sieges zuneigen? Deutschland oder Frankreich? „Wenn wir die Saar verlieren, werden wir dann Kamerun, Syrien — und das Elfaß halten können?“ fragt Jean Revire besorgt seine Landsleute. Deutschland hat bekanntlich „zugunsten des Völkerverbundes, der somit als Treuhänder gilt“, auf die Regierung des Saargebietes seiner Zeit bis zum endgültigen Abstimmungstermin verzichten müssen. Wenn es nun Frankreich in einem Zeitraum von anderthalb Jahrzehnten trotz seines dominierenden Einflusses auf die Entscheidungen des Völkerverbundes nicht gelingt, mit Hilfe seiner rücksichtslosen wirtschaftlichen und kulturpolitischen Durchdringungsmethoden das Saargebiet für sich zu gewinnen, so können nach französischer Auffassung auch die „Besitzrechte“ Frankreichs an seinem Mandatsgebiet Syrien, ja selbst an seiner Siegesbeute Elfaß-Vorderbrunn eines Tages illusorisch werden. Insofern ist für den Franzosen die Lösung der Saarfrage auf engste mit der französischen Sicherheit verknüpft.

Seitdem die gefälschte Eingabe von den 150 000 „Saarländern“, die angeblich mit ihrem Mutterlande Frankreich wieder vereinigt zu werden wünschten, als eins der größten

Betrugsmanöver französischer Kulturpropaganda vor aller Welt entlarvt worden ist, wagt es die französische Öffentlichkeit nicht mehr, von Deutschland „die Grenzen von 1792“ zurück zu verlangen. Diese Forderung spült jedoch als einer der Programmpunkte französischer Sicherheitspolitik in den Köpfen der Chauvinisten weiter, wenn man es auch vorläufig aus taktischen Gründen unterläßt, sie nach außen hin zu vertreten. Nächste der Sicherheit führt man in Frankreich mit einem oft geradezu naiv anmutenden Egoismus wirtschaftliche Momente ins Treffen. „Das Saargebiet muß uns als Wirtschaftseinheit fest angegliedert werden, denn die Saarlohe gehört im Interesse der französischen Industrie zu den Erzgruben Lothringens.“ Selbst sozialpolitisch versucht Revire den Anspruch Frankreichs zu begründen. Die Arbeiter im Saargebiet waren unter preussischer Herrschaft einer in Europa einzigartigen Sklaverei unterworfen, meint der Verfasser. Der

pangermanische Kapitalismus werde ihre wirtschaftliche Lage nicht bessern. Das könne nur eine vernünftige französische Sozialgesetzgebung, deren Segnungen sich die Saarbevölkerung doch nicht entgehen lassen sollte.

Daß die reichlich ungeheuren kulturpolitischen Versuche Frankreichs, die Saarbevölkerung nach Westen hin zu orientieren, im Grunde genommen nur der Sache Deutschlands gedien haben, gibt Jean Revire ganz offen zu. Der yugoslawische Diktator tutzig im gleichen Zusammenhang: „Es ist die Heilige Allianz der Religion, des Freiheitsgedankens, des internationalen Sozialismus und Kapitalismus, die unter der Leitung des Völkerverbundes sich immer wieder im Saargebiet zu Gunsten des Reiches ausgewirkt hat.“ Wobei ganz übersehen worden ist, daß auch die Saarbevölkerung selbst im Laufe schwerster Bedrückungsjahre ihr Herz entdedt hat, das fest und treu für Deutschland schlägt...

Hindenburg und der Young-Plan

Parteiführer beim Reichspräsidenten.

Bericht über die Haager Konferenz.

Reichspräsident von Hindenburg hat in den letzten Tagen mehrere Parteiführer empfangen, um sich über ihre Stellung zum Young-Plan und die politische Lage unterrichten zu lassen. In der vergangenen Woche waren sowohl der Fraktionsführer des Zentrums, Abg. Brüning, wie auch der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Scholz, beim Reichspräsidenten. Beide Abgeordnete haben ihren Antrittsbesuch als neugewählte Fraktions- und Parteiführer dazu benutzt, um den Reichspräsidenten auch über die Haltung ihrer Parteien zu den Haager Vereinbarungen zu informieren.

Am Montag hat der Reichspräsident den Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Eugen Berg, und den Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, empfangen. Beide Herren legten dem Reichspräsidenten, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ihre Auffassung über den Young-Plan und ihre Bedenken über dessen Tragfähigkeit sowie die Bedenken hinsichtlich des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens, der Sanktionsklausel und der Nichterledigung der Saarverhandlungen eingehend dar. Der Reichspräsident nahm mit Aufmerksamkeit die Ausführungen entgegen und erklärte, sich seine persönlichen Entschlüsse bis nach der Erledigung der Arbeiten des Reichstages vorbehalten zu müssen.

Von privater Seite wird noch darauf hingewiesen, daß die beiden Führer der Deutschnationalen Volkspartei den Standpunkt der nationalen Opposition mit sehr starkem Nachdruck vertreten haben und mit dem Reichspräsidenten auch über die innenpolitischen Folgen einer Annahme der Young-Gesetze gesprochen haben.

Verschiedene rechtsstehende Verbände sind an den Reichspräsidenten mit der Bitte herangetreten, die Young-Gesetze nicht zu unterzeichnen. Die Befugnisse des Reichspräsidenten sind in der Verfassung genau umschrieben. Im Art. 70 der Verfassung wird bestimmt, daß der Reichspräsident die verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetze auszufertigen und binnen Monatsfrist im Reichsgesetzblatt zu verkünden habe. Im Artikel 73 ist festgelegt:

„Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündung zum Volkssentscheid zu bringen, wenn der Reichspräsident binnen eines Monats es bestimmt.“

Der Reichspräsident hat also verfassungsmäßig die Wahl, entweder ein ordnungsmäßig zustande gekommenes Gesetz zu unterzeichnen und zu verkünden, oder aber die Unterschrift zu verweigern und das Gesetz binnen eines Monats zum Volkssentscheid zu bringen.

Reichspräsident von Hindenburg hat sich, wie oben mitgeteilt, seine endgültige Stellungnahme bis nach Abschluß der Beratung und der Beschlußfassung des Reichstages vorbehalten. Er folgt hiermit der bisherigen Gepflogenheit einer streng überparteilichen Führung seines hohen Amtes. Schon die allernächste Zeit wird, da die Young-Gesetze bald verabschiedet werden müssen, allerdings einen Entschluß des Reichspräsidenten bringen.

Vertraulichkeit bei den Young-Verhandlungen.

In der gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen und des Haushaltsausschusses des Reichstages wurden am Montag die Beratungen über den Young-Plan beim zweiten Punkt des Fragenkomplexes, Moratorium und Schutzklausel, fortgesetzt. Der Vorsitzende, Abgeordneter Seimann (Soz.), sprach bei Eröffnung der Sitzung die Bitte aus, die Verhandlungen möglichst zu beschleunigen. Abg. Brüning (Nrr.) beantragte darauf, die zur Aus-

sprache stehenden Fragen vertraulich zu behandeln, damit die Regierung ohne außenpolitische Rücksichten ihre Aufklärungen in aller Ausführlichkeit geben könne. Die Abgeordneten Graf Westarp (Din.) und Stöcker (Komm.) wünschten Vertraulichkeit nur für bestimmte Ministererklärungen, während sich die Sozialdemokraten für den Antrag Brüning einsetzten. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten wurde vom Ausschuß darauf volle Vertraulichkeit für die Verhandlungen am Montag beschlossen.

Der Young-Plan-Ausschuß.

Die vereinigten Reichstagsausschüsse zur Beratung des Young-Planens führten die Besprechungen über die Frage Moratorium und Schutzklausel am Montag noch nicht zu Ende. Die vertrauliche Aussprache über diese Fragen wird am Dienstag fortgesetzt. Ein erneuter deutschnationaler Antrag auf Sinzuziehung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht wurde vom Ausschuß abgelehnt.

Die Ausschußberatungen.

Weitere Vertagung des Reichstages?

Der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien hielt am Montagabend eine kurze Sitzung ab, um einen Vortrag des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer über die Verhandlungen mit den Finanzministern der Länder entgegenzunehmen. Die weitere Besprechung der Sanierung der Arbeitslosenversicherung wurde auf Dienstag vertagt. Am Dienstag soll dann auch die vertagte Besprechung der sozialpolitischen Sachverständigen der Fraktionen über diese Frage stattfinden. Die Vollziehung des Reichstages, die für Mittwoch nachmittag einberufen ist, wird wahrscheinlich wegen der noch andauernden Beratungen der vereinigten Ausschüsse über den Young-Plan auf einen späteren Termin vertagt werden.

Zu den Verhandlungen des finanzpolitischen Ausschusses der Regierungsparteien lautet übrigens, daß der Reichsfinanzminister bei der Gelegenheit einen neuen Steuervorschlag zur Erörterung gestellt haben soll. In den Besprechungen mit den Finanzministern der Länder war nämlich der Gedanke aufgetaucht, die Biersteuer statt um 50 um 75 Prozent zu erhöhen. Das Mehraufkommen von 25 Prozent soll den Ländern zur Sanierung ihrer Finanzen überwiesen werden. Sicherem Vernehmen nach hat dabei Bayern die Forderung gestellt, daß der Länderanteil an der Biersteuer dann entsprechend dem Aufkommen innerhalb ihrer Grenzen verteilt werden soll, wodurch Bayern einen gewissen Vorteil vor den anderen Ländern haben würde. Irigendwelche Beschlüsse in dieser Richtung sind jedoch noch nicht gefaßt worden.

Durch Waffenstillstand zum Zollfrieden.

Die Eröffnung der Genfer Zollfriedenskonferenz.

Die internationale Zollfriedenskonferenz in Genf ist in der großen Glasveranda des Völkerverbundes eröffnet worden. Die Beteiligung der Regierungsvertreter und der Presse ist außerordentlich stark. Die Anwesenheit von Vertretern sämtlicher europäischer Mächte bis auf Albanien sowie das Verhandlungsthema eines europäischen Zollwaffenstillstandes verleihen der Konferenz einen ausschließlich europäischen Charakter. Die Konferenz unterscheidet sich grundsätzlich von der großen Weltwirtschaftskonferenz von 1927 durch die Möglichkeit bindender Vereinbarungen. Von Regierungsmitgliedern sieht man u. a. die Handelsminister von England und Frankreich